

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 06/2024 vom 08.02.2024

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Das verfassungswidrige Verfassungsgericht muss weg*
- *Sikorski: Ich habe gerade die Mehrheit der Direktoren der Kulturinstitute in der ganzen Welt entlassen*
- *Gesetz zur Landesverteidigung muss geändert werden*
- *Michalik greift den Präsidenten scharf an: Duda hat gerade Schlitzohrigkeit und schmutziges Verhalten legalisiert*
- *In der PiS ist der Andrang auf das Europaparlament groß. „Der Drang nach Brüssel ist groß. Viele lernen Fremdsprachen“*
- *Anne Applebaum: Im Westen eine mögliche russische Aggression beunruhigt wohl kaum jemanden*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Das verfassungswidrige Verfassungsgericht muss weg



Quelle: wyborcza.pl

Von **Wojciech Sadurski**

Die Idee von Tusk, die derzeitige Zusammensetzung des Tribunals aufzulösen und durch echte Richter zu ersetzen, die über eine qualifizierte Mehrheit von 3/5 verfügen und somit im Konsens ausgewählt wurden, ist hervorragend.

Wojciech Sadurski ist Professor für Recht an der Universität von Sydney und Professor in dem Europäischen Zentrum der Warschauer Universität und derzeit Gastprofessor an der Princeton University

Als Premierminister Donald Tusk am Dienstag sagte, dass das Verfassungsgericht mit einer 3/5-Mehrheit im Sejm neu gewählt werden sollte, war mein erster Gedanke: endlich! Nach weniger als zwei Monaten einer demokratischen Regierung war bereits klar, dass man mit diesem Buckel, der das Gericht von Frau Magister Przyłębska ist, nicht weit kommen wird. Aber mein zweiter Gedanke war: „Nun, jetzt wird es einen Chor der Schöngeister geben, die im Namen der Verfassung und – jawohl – der Rechtsstaatlichkeit protestieren“.

Denn als ich vor weniger als zwei Jahren den Slogan „Tribunal auf null setzen“ vorschlug, wurde mir gesagt, das sei rabiat, eine brachiale oder unausgereifte Schnelllösung, ein Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit im Namen eines angeblichen Kampfes für die Rechtsstaatlichkeit usw. Es wurde gesagt, dass nur drei Doubles entlassen werden sollten (darüber herrschte in der Rechtswelt Einigkeit) und dass die anderen mit Appellen und Drohungen behandelt werden könnten. Mit der Bitte, d. h. mit der Hoffnung, dass sie sich auf die helle Seite der Macht begeben, und mit der Drohung, d. h. mit

Disziplinausschüssen, an denen pensionierte Richter des Verfassungsgerichtshofs teilnehmen. Dies sind jedoch nur schwache Hoffnungen, und der Sitzungskalender des Gerichtshofs zeigt, dass die PiS auch nach dem Ausscheiden der Doubles ihre Mehrheit im Gerichtshof bis Mitte 2025 behalten wird.

Die selbstmörderischen Possen des Quasi-Tribunals

Zur Unterstützung der Befürworter des auf Nullsetzens kam ... der Gerichtshof selbst. Sie verhielten sich auf überraschend selbstmörderische Weise. Hätten sie sich nämlich ruhig verhalten und sich weiterhin in würdevollem Nichtstun geübt und gelegentlich so getan, als wären sie ein normales Gericht, wären die Argumente für das Auflösen schwieriger zu verteidigen gewesen.

Doch das Gegenteil ist der Fall. Dem Selbsterhaltungstrieb zum Trotz liefen die richterähnlichen Personen Amok, und die Possen, die Dr. Krystyna Pawłowicz besonders beherrscht, überraschten selbst die Befürworter mäßiger Reaktionen auf das Gericht. Nach Jahren der Apathie fand das Justizpersonal des Tribunals die dritte Jugend und war innerhalb weniger Stunden in der Lage, „Anordnungen“ und „Schutzmaßnahmen“ in allen möglichen Fällen zu erlassen, in denen sie von der PiS-Zentrale oder dem Präsidenten zu Hilfe gerufen wurden (was ja ein und dasselbe ist). Der fest betonierte Staatsanwalt Barski, die entlassenen Vorstände der öffentlichen Medien, das Schicksal der Verbrecher Kamiński und Wąsik – es gab keinen Fall, in dem das Tribunal seine Zuständigkeit nicht anerkannt hätte. Frau Dr. Pawłowicz in der Rolle des Oberimperators genießt es wie der gogolsche Revisor, wie schön es ist, Gouverneur zu sein. So kann es natürlich nicht weitergehen. In einem Rechtsstaat kann es kein Gremium geben, das die Rolle eines Verfassungsgerichts spielt und in Wirklichkeit eine Interessengruppe ist, ein wenig lustig und ein wenig bedrohlich. Bedrohlich schon deshalb, weil sie den Präsidenten auf ihrer Seite hat – und diese PiS-Restaurationsgruppe droht, notwendige Reformen zu blockieren. Deshalb kommt die Erklärung von Premierminister Tusk im letzten Moment.

Revolution im Gericht ohne Änderung der Verfassung

Die Idee, die derzeitige Zusammensetzung aufzulösen und durch echte Richter zu ersetzen, die über eine qualifizierte Mehrheit von 3/5 verfügen und somit im Konsens gewählt werden, ist hervorragend. So ist es in Deutschland – neben Polen und Ungarn eines der wenigen Länder, in denen das Verfassungsgericht vom Parlament gewählt wird. Das Ansehen und die Qualität des Bundesverfassungsgerichts ergeben sich gerade aus der Tatsache, dass es mit qualifizierter Mehrheit (2/3) und als Ergebnis eines komplexen Prozesses der Einigung und des Kompromisses zwischen den Parteien gewählt wird. Dies ist besonders einfach, wenn die Möglichkeit besteht, mehr als eine Stelle gleichzeitig zu besetzen - und genau das wird der Fall sein, wenn das polnische Gericht nicht mehr besetzt wird.

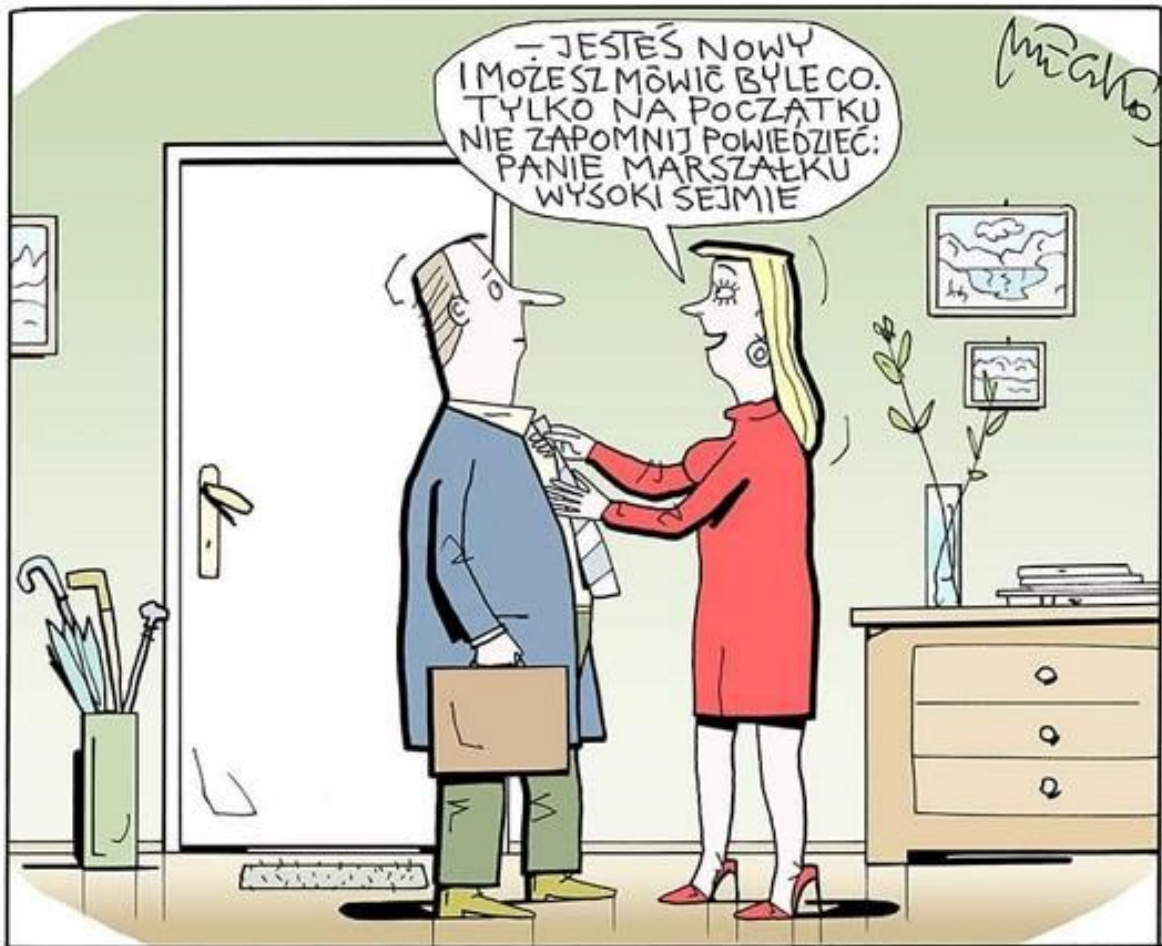
Gleichzeitig erfordert die Einführung eines neuen Wahlverfahrens keine Änderung der Verfassung, da diese nur besagt, dass die Richter vom Sejm gewählt werden (Artikel 194) - ohne zu sagen, mit welcher Mehrheit. Die Anhebung der Sperrklausel auf 3/5 ist daher gesetzlich möglich. (Zwar wird in der Rechtswissenschaft die Auffassung vertreten, dass, wenn die Verfassung keine Mehrheit festlegt, implizit die einfache Mehrheit gilt, doch kann eine ausdrückliche gesetzliche Regelung eine solche Auslegung widerlegen).

Wichtiger als die Wahl einer neuen Zusammensetzung ist jedoch die sofortige Abschaffung der jetzigen. Und zwar nicht einmal wegen all der Torheiten und Exzesse, die es begeht, sondern wegen der Tatsache, dass es aufgehört hat, ein Gericht zu sein, das den verfassungsrechtlichen Maßstäben entspricht. Die siebenjährige Amtszeit in einer falschen Zusammensetzung hat die gesamte Institution mit Verfassungswidrigkeit infiziert. Die Schiedsrichter haben sich allesamt durch die Aufnahme von Doubles in ihre Reihen blamiert. Die Verfassung verlangt, dass ein verfassungswidriges Organ aus dem Rechtskreis entfernt wird. Wenn sich der Sejm jetzt nur auf den Rückzug der drei Doubles beschränken würde, würde er sich in Bezug auf die restliche Besetzung selbst die Hände binden.

Der Gerichtshof ist in seiner jetzigen Zusammensetzung insgesamt verfassungswidrig, nicht nur in 3/15. Das sollte der Sejm per Beschluss feststellen. Und er braucht sich nicht mit den Schönggeistern zu befassen. Ihre Ratschläge werden nützlich sein, wenn Polen bereits das Stadium der demokratischen Normalität erreicht hat. Leider sind wir noch nicht so weit.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75968,30656279,niekonstytucyjny-trybunal-konstytucyjny-musi-odejsc.html>



www.mleczko.pl

**DU BIST NOCH NEU, UND ES IST EGAL, WAS DU SAGST.
VERGESSE NUR NICHT, AM ANFANG ZU SAGEN:
HERR PARLAMENTSPRÄSIDENT, HOHE KAMMER**

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Sikorski: Ich habe gerade die Mehrheit der Direktoren der Kulturinstitute in der ganzen Welt entlassen



Quelle: wyborcza.pl

Auszüge aus einem Interview von **Dorota Wysocka-Schnepf** mit dem polnischen Außenminister **Radosław Sikorski**

Dorota Wysocka-Schnepf: Herr Minister, es ist jetzt anderthalb Monate her, dass Sie in das Gebäude des Außenministeriums zurückgekehrt sind, ist das Büro noch dasselbe? Haben Sie es in einem besseren Zustand vorgefunden oder gibt es Anzeichen für Schäden aus den letzten acht Jahren?

Radosław Sikorski: Ich habe das Büro gewechselt.

Sie haben das Büro gewechselt?

Ja, sieben Jahre habe ich in dem vorherigen Büro gearbeitet und bin zum Schluss gekommen: Ein neuer Anfang – ein neues Büro.

Und in welchem Zustand finden Sie das Außenministerium selbst? Und ich meine nicht das Gebäude, sondern das Ministerium – unterlag es Verbesserungen oder Destruktion?

Ich möchte nicht routinemäßig Kritik an meinen Vorgängern üben, aber einige Dinge haben mich tatsächlich überrascht. Zum Beispiel hatte die Leitung des Ministeriums viele Monate lang nicht getagt, was ungewöhnlich ist. Es scheint, dass die Vorgänger mehr mit ihrem Wahlkampf beschäftigt waren als mit ihrer Arbeit.

In der Visa-Affäre geht es um den Widerspruch zwischen der Darstellung der PiS bei den Visavergaben sowie um den Aspekt der Korruption, und hier wurde der ehemalige stellvertretende Minister Wawrzyk kürzlich verhaftet. Sehen Sie auch Ihren Vorgänger, Minister Rau, in der Verantwortung?

Es gibt Aspekte, die vielleicht überraschend sind, aber ich möchte nicht vorgreifen. Was das Strafverfahren betrifft, so habe ich nichts hinzuzufügen - die Zeugen wurden gehört, und der Gerechtigkeit soll Genüge getan werden. Was mich interessiert, sind die Änderungen, die vorgenommen werden müssen, damit so etwas in Zukunft nicht mehr passiert. Und ich habe bereits die Entscheidung getroffen, die Preise für Visa zu erhöhen, denn es hat sich herausgestellt, dass unsere Visa zu den billigsten in der EU gehörten. Es ist also kein Wunder, dass diejenigen, die aus Afrika oder Asien einreisen wollten, zum polnischen Konsulat gingen, bei uns war es einfach billiger. Wir sprechen auch mit den Unternehmen, die die Software für unser Wartesystem geschrieben haben, damit diese Plätze in den Warteschlangen für ein polnisches Visum oder für ein Treffen mit dem Konsul nicht gehandelt werden können. Die Idee ist, den Antrag auf einen Termin so zu personalisieren, dass er fallen gelassen und nicht an jemand anderen weitergegeben werden kann.

Ist heute schon bekannt, dass nur ein ausgelagertes Unternehmen an der Korruption verdient hat, oder gab es auch Profiteure im Außenministerium?

Das ist eine Frage an die Staatsanwaltschaft. Ich habe den Eindruck, dass die vorherige Regierung in ihrer Flucht vor den Anschuldigungen das Outsourcing-System verteuert hat. Dieses Jargonwort bedeutet nur, dass an globale Unternehmen mit Niederlassungen an Orten, an denen das Land kein Konsulat hat, die Erstellung von Visadokumenten ausgelagert werden. Dagegen erteilen diese Unternehmen jedoch unter keinen Umständen polnische Visa. Die meisten Schengen-Länder nutzen Outsourcing-Dienste. Weil es für alle bequemer und billiger ist, auch für die Antragsteller. Wenn Sie sich irgendwo in Asien oder Afrika befinden, ist es billiger, zum örtlichen Büro eines solchen Unternehmens zu gehen, als ein Flugticket zum polnischen Konsulat zu bezahlen, das vielleicht tausend oder sogar dreitausend Meilen entfernt ist. Die Gebühr dafür ist niedriger als das Ticket. Wir sollten also nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, aber gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass nur denjenigen ein Visum erteilt wird, die es auch verdienen. Natürlich stellt sich auch die Frage nach den Beziehungen zur polnischen Wirtschaft, der in einigen Branchen Arbeitskräfte fehlen. Aber das Außenministerium ist nicht in der Lage, jedes Unternehmen, das sich um Arbeitskräfte bewirbt, zu überprüfen, wir brauchen die Zusammenarbeit zumindest mit den Woiwodschaftsämtern. Wir wissen auch, dass die polnischen Universitäten mit Universitäten aus anderen Ländern um Studenten konkurrieren. Aber man muss sich vergewissern, dass es sich um einen echten Studenten handelt, mit einem echten Abitur, der wirklich studieren will. Und nicht nur ein Visum beantragt, um weiterzureisen.

Und was ist mit dem Personal des Außenministeriums? In den letzten Jahren wurden die Kriterien für ihre Auswahl stark herabgesetzt, Vetternwirtschaft und Klüngerlei herrschen vor. Haben Sie sich damit schon befasst und planen Sie eine Personalrevolution? Oder hat sie bereits begonnen?

Dies ist auch ein gemeinsamer Nenner der populistischen Bewegungen in der ganzen Welt - sie werden meist von Menschen angeführt, die bei normalen, wettbewerbsorientierten Einstellungen für verschiedene Positionen keine Karriere gemacht hätten. Eine der ersten Entscheidungen der PiS nach ihrer Machtübernahme vor acht Jahren war die Abschaffung der Auswahlverfahren im öffentlichen Dienst. Für sie ist es unfair, Menschen - ob in Unternehmen oder im öffentlichen Dienst - nach Talent und harter Arbeit auszuwählen, weil dann irgendwelche zufälligen Personen ausgewählt werden. Aber Patrioten sollten diese Positionen bekommen. Und wer ist ein Patriot? Das entscheidet der Parteivorsitzende.

Es gibt immer einen Guru. Das widerspricht einfach einem der Merkmale der westlichen Zivilisation. Im Kommunismus gab es die Selektion nach Parteizugehörigkeit, und wir wissen, wie das endete. Und in freien Gesellschaften gilt eben das Prinzip der Meritokratie. Es ist so alt wie die Welt selbst und wurde von den Chinesen mit der Mandarin-Prüfung eingeführt. Und das erweist sich auf lange Sicht als effektiver. Wir sind dabei, die Meritokratie wiederherzustellen. Ich werde eine Information weitergeben, die noch nicht

öffentlich ist: Ich habe die Mehrheit der Direktoren der Kulturinstitute in der ganzen Welt entlassen. Wir werden neue durch Auswahlverfahren ernennen.

Und was ist mit den Botschaftern?

Bei Botschaftern ist die Angelegenheit komplizierter, da es in der Welt nicht üblich ist, Einstellungsverfahren für Botschafter durchzuführen.

Doch dann ist da noch Präsident Duda.

Ich habe bereits mit Präsident Duda gesprochen, und bisher habe ich den Eindruck, dass wir in dieser Frage eine gewisse Übereinstimmung haben. Hoffen wir es, denn im Gegensatz zur Ideologie der PiS ist der Botschafter kein Vertreter der Regierung, sondern er soll den ganzen Staat vertreten. Deshalb wird man Botschafter auf Vorschlag des Ministers, aber mit Zustimmung des Premierministers und des Präsidenten, nachdem man die Stellungnahme des Auswärtigen Ausschusses des Sejms erhalten hat. Und noch immer, zumindest zu meiner Zeit, mussten die Botschafter dem Senat ihren Arbeitsplan vorlegen. Die Regierung der PiS hingegen hat die Anforderungen gesenkt, z. B. die Kriterien für die Sprachkenntnisse bei der Einstellung in den diplomatischen Dienst. Bei Botschaftern ist es ein wenig anders, denn hier ist der politische Faktor manchmal gerechtfertigt. Es gibt Orte, an die es gut ist, einen Nicht-Diplomaten zu schicken. George Bush Senior war, bevor er Präsident wurde, US-Botschafter in China. Es gibt Orte, an die es gut ist, einen ehemaligen Politiker zu schicken, und es gibt Orte (ich selbst habe das empfohlen), an die es gut ist, einen Soldaten zu schicken - sei es an einen Kriegsschauplatz, wie es Afghanistan oder der Irak früher waren, oder an einen Ort, an dem wir unsere Verteidigungsindustrie fördern wollen. Es gibt sogar Außenposten, wo es gut ist, einen ehemaligen Journalisten hinzuschicken.

Sie fahren nach Berlin. Die PiS hat die Beziehungen zu Deutschland ruiniert, wahrscheinlich am meisten von allen europäischen Ländern. Sind Sie in der Lage, das wiederherzustellen?

„Ruiniert“ ist eine Untertreibung.

Hat Polen eine Chance, in das Herzland Europas zurückzukehren?

Es ist die Politik unserer Regierung, den Kalten Krieg sowohl mit den Institutionen der Europäischen Union als auch mit unserem größten Handelspartner und wichtigen Verbündeten, der Bundesrepublik Deutschland, zu beenden. Das bedeutet natürlich, dass es, wie zwischen Nachbarn, noch einige Probleme zu lösen geben wird. Wir unterstützen die Ukraine strategisch, aber die Probleme auf der unteren Ebene sind da. Und so wird es auch mit Deutschland sein. Wir werden nicht in allem einig sein. Wie Präsident Lech Kaczyński einmal weise sagte: Die Europäische Union besteht nicht nur aus Polen. Aber bei unterschiedlichen Interessen und Meinungsunterschieden kann man normale Gesprächskanäle haben. Man kann sich nicht gegenseitig um der Innenpolitik willen beleidigen - davon entfernen wir uns gerade.

Deutschland ist auch das Weimarer Dreieck. Hier haben wir noch Frankreich, das auch von der PiS beleidigt wurde. Kann dieses Arrangement wiederaufgebaut werden und kann es ein starkes Dreieck in Europa sein?

Das Weimarer Dreieck dient unseren Interessen, denn es ist ein potenzielles Forum, in dem verschiedene wichtige europäische Entscheidungen im Voraus vereinbart werden. Und im Moment gibt es einige sehr wichtige, wie zum Beispiel die Aufstockung des europäischen Verteidigungsbudgets, damit es für ein weiteres Jahr zur Finanzierung der Verteidigung der Ukraine verwendet werden kann. Oder die Verabschiedung von 50 Milliarden Euro für die Ukraine zur Aufrechterhaltung der Funktionen des ukrainischen Staates und seines Wiederaufbaus. Ich bin erst seit sechs Wochen im Amt, aber ich habe bereits mit zwei französischen Außenministern gesprochen. Die vorherige Ministerin Catherine Colonna rief an, um mir zu gratulieren, und ihr Nachfolger Stéphane Séjourné war bereits zu einem Sonderbesuch in Warschau, und wir haben über diese Themen gesprochen. Ja, ich hoffe, dass das Weimarer Dreieck der Ort sein wird, an dem diese wichtigsten europäischen Fragen nicht so sehr entschieden werden, denn

dafür ist der Europäische Rat ja da, sondern sehr ernsthaft diskutiert werden. Und Polen, als ein Land, das gleichzeitig ein Nachbar Russlands und der Ukraine ist (und daher ein Staat, ohne den es keine Unterstützung für die Ukraine gibt) und ein Vertreter unserer Region, wird im Entscheidungszentrum der Union sein.

Sehen Sie die Möglichkeit, Deutschland davon zu überzeugen, die Unterstützung für die Ukraine weiter zu finanzieren, insbesondere angesichts der Probleme bei der Finanzierung der Militärhilfe im US-Kongress?

In absoluten Zahlen gibt Deutschland der Ukraine sehr viel Geld. Im Verhältnis zum BIP sind wir ihnen voraus, vor allem, wenn man berücksichtigt, ob es sich um die Aufrechterhaltung des Hrywnja-Wechselkurses durch die polnische Nationalbank oder um Hilfe für Flüchtlinge handelt. Wir haben ein gemeinsames Interesse. Ich glaube, dass der Aufbau der europäischen Verteidigung (und die wichtigste Herausforderung ist derzeit natürlich der ukrainische Verteidigungskrieg) von allen Mitgliedstaaten solidarisch finanziert werden sollte. Da in Polen Fähigkeiten benötigt werden, können diejenigen, die hier militärisch nicht physisch präsent sind, zumindest einen finanziellen Beitrag leisten. Die Aufstockung des europäischen Verteidigungsbudgets, über die wir mit den Deutschen und den Franzosen diskutieren, liegt also sowohl in strategischer als auch in finanzieller Hinsicht im Interesse Polens.

Wie nur wenige polnische Politiker sind Sie in amerikanischen politischen Kreisen bekannt, auch bei den Republikanern - glauben Sie, dass Ihre Stimme dazu beitragen kann, sie davon zu überzeugen, die Ukraine weiterhin zu unterstützen?

Ich tue dies von Warschau aus, und sei es nur, indem ich Besuche von US-Senatoren, einschließlich republikanischer Senatoren, empfangen. Und ich werde mich in der Tat sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat treffen und sie auffordern, dies zu tun. Wie auch immer, wir haben auch ein Konzept für andere Formen der Einflussmöglichkeit, denn das ist in der Tat eine Schlüsselsache.

Spannend – „andere Formen der Einflussnahme“?

Kreative. Sie werden es merken, Frau Redakteurin, wenn es wirkt. Im Moment hängt die Glaubwürdigkeit der USA davon ab, dass die Ukraine diesen Krieg nicht verliert. Zur Erinnerung: Präsident Biden war persönlich in Kyjiw, er hat dort die US-Fahne eingepflockt. Übrigens leistet Europa der Ukraine derzeit mehr Hilfe als die USA. Gleichzeitig geben die USA den größten Teil ihrer Hilfe (das ist absolut keine Anschuldigung, sondern nur eine Erklärung) in den USA aus. Denn schließlich werden die Waffen, die in die Ukraine geliefert werden, in den USA hergestellt. Allein Polen hat bereits Ausrüstung im Wert von 50 Milliarden Dollar bei den USA bestellt. Ganz Europa nochmal so viel. Nur hat Europa damit erst seit dem Ausbruch des Krieges und Putins Einmarsch begonnen. Ich werde also vor den amerikanischen Gesetzgebern argumentieren, dass erstens die Ukraine den USA gewisse Vorteile verschafft. Und zweitens, dass eine Eroberung der Ukraine durch Putin auch für die USA sehr kostspielig wäre - und zwar nicht nur in Europa, sondern im Hinblick auf das gesamte US-Bündnissystem, sowohl in Europa als auch in Asien.

Was passiert, wenn die US-Präsidentenwahlen im Herbst Donald Trump gewinnt?

Ich weiß, welche Antwort Sie gerne hören würden, und wenn ich noch Europaabgeordneter wäre, würde ich sie Ihnen geben. Aber da ich kein Abgeordneter bin, muss ich sagen, dass Polen die bestmöglichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten wünscht, unabhängig davon, wer dort Präsident ist.

Aber was wird aus der Ukraine, wenn er gewinnt?

Aus den Kreisen der Berater von Donald Trump, mit denen wir natürlich in Kontakt stehen, kommen verschiedene Ideen über die Haltung dieser hypothetischen künftigen Regierung gegenüber der Ukraine ans Licht. Einige davon sind sogar interessant. Lassen Sie uns also nicht in Panik verfallen. Ich hoffe, dass

die Erwachsenen im Kongress und in Washington verstehen, wie wichtig dieses Thema ist. Ich weiß, dass sie es verstehen.

Die westliche Welt hat sichtlich erleichtert die EU-feindliche, antidemokratische PiS-Regierung verabschiedet und hat die neue polnische Regierung mit offenen Armen empfangen, zählt aber auch auf uns, um die EU zu reformieren - was wollen wir einem Europa vorschlagen, das Veränderungen braucht?

Angesichts der russischen Bedrohung zum Beispiel ist es an der Zeit, über eine gemeinsame europäische Verteidigung zu diskutieren. Dies ist eine Idee, die die Staaten unseres Kontinents vereinen und Europa integrieren kann.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75398,30646359,sikorski-odwolalem-wlasnie-wiekszosc-dyrektorow-instytutow.html#S.MT-K.C-B.1-L.1.duzy>

Gesetz zur Landesverteidigung muss geändert werden



Quelle: wyborcza.pl

Von **Janusz Onyszkiewicz**, zweimaliger polnischer Verteidigungsminister und ehemaliger stellvertretender Vorsitzender des Europäischen Parlaments.

Die Verteidigung und das Management des Staates in Zeiten von Bedrohung und Konflikten war im letzten Jahrzehnt einer der unordentlichsten Bereiche. Das am 11. März 2022 vom Sejm verabschiedete Gesetz über die Landesverteidigung sollte diese Probleme lösen. Dies war eine Zeit großer Spannungen, die durch Putins russische Aggression gegen die Ukraine verursacht wurden. Die Voraussetzungen für eine gründliche Prüfung des von der damaligen Regierung der Vereinigten Rechten vorgelegten Gesetzentwurfs waren daher nicht gegeben, und jeder Versuch, ihn ernsthaft zu kritisieren oder sich ihm zu widersetzen, konnte in den Medien leicht als Zeichen von fehlendem Patriotismus und verräterischer Verzögerung wichtiger Gesetze für die Sicherheit des Staates dargestellt werden. Es ist daher nicht verwunderlich, dass dieses bemerkenswert umfassende Gesetz, das mehr als 500 Seiten Text mit über 800 Artikeln umfasst, ohne ernsthafte Einwände oder Debatten verabschiedet wurde, obwohl es viel zu bedenken und zu diskutieren gab.

Wer verantwortet die Verteidigung – die Regierung oder der Präsident?

Es geht nicht nur darum, dass es viel zu detailliert ist und Dinge regelt, die ohne Weiteres in nachrangigen Gesetzen hätten geregelt werden können (und früher auch wurden!), und manchmal Bestimmungen enthält, die eher kurios und übermäßig restriktiv sind. Es geht auch nicht darum, dass das Thema Zivilschutz, das in früheren, nicht mehr gültigen Gesetzen enthalten war, trotz seines Umfangs nicht in das

Gesetz aufgenommen wurde. Das Grundproblem besteht darin, dass es, anstatt Klarheit in das System der Führung des Staates in Zeiten der Gefahr und des Krieges zu bringen, die seit acht Jahren bestehende Verwirrung verstärkt und intensiviert und sogar das politische System unseres Staates in verfassungswidriger Weise verändert.

So heißt es in Artikel 24, dass die Verteidigung des Staates vom Präsidenten geleitet wird, obwohl es in der Verfassung (Artikel 146) eine klare Bestimmung gibt, die besagt, dass der Ministerrat „die äußere Sicherheit des Staates gewährleistet“. Es ist wichtig, daran zu erinnern, dass die Verteidigung des Staates nicht nur eine Aufgabe der Streitkräfte ist. Schließlich sind alle Dienste an der Verteidigung beteiligt, wie der Grenzschutz oder die Polizei, die Industrie, die Verwaltung auf allen Ebenen, die Zivilschutzstrukturen, die Diplomatie usw. Mit einem Wort, der gesamte Staat wird verteidigt. Für die Verteidigung zuständig zu sein, bedeutet also, für den gesamten Staat zuständig zu sein, und laut Verfassung ist der Staat immer der Regierung unterstellt und nicht dem Präsidenten, nicht nur in Friedenszeiten. Das politische System, in dem der Präsident den Staat leitet, ist das in den USA, Frankreich und anderen Ländern vorherrschende Präsidialsystem, das sich grundlegend von dem parlamentarischen Ressortsystem unterscheidet, das wir nach unserer Verfassung in Polen haben.

In dem zitierten Artikel 24 wird zwar hinzugefügt, dass der Präsident die Verteidigung des Staates in Zusammenarbeit mit dem Ministerrat leitet, aber das bedeutet nur, dass der Ministerrat eine exekutiv-beratende Funktion gegenüber dem Präsidenten hat. Selbst wenn man die sehr weit gefasste Auslegung akzeptiert, dass die Führungsentscheidungen des Präsidenten der Zustimmung der Regierung bedürfen, würde dies eine sehr ernste Gefahr der Entscheidungs lähmung im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Parteien schaffen.

Oberhoheit ist nicht gleichbedeutend mit Oberbefehl

Für die Dauer eines Krieges soll der Generalstab direkt dem Präsidenten unterstellt sein. Im Gesetz über den Minister für Nationale Verteidigung, das immer noch in Kraft ist und sogar bei der Verabschiedung des Verteidigungsgesetzes geändert wurde, ist die Bestimmung, dass der Generalstab dem Verteidigungsminister uneingeschränkt, d. h. immer, unterstellt ist, beibehalten worden. Darüber hinaus hat der Verteidigungsminister nach den immer noch geltenden Bestimmungen des Kriegsrechts die Aufgabe, „eine Bewertung der Kriegsbedrohungen und der Verteidigungsfähigkeiten vorzunehmen“. Es stellt sich die Frage, wie er dieser Pflicht nachkommen kann, wenn eine solche Bewertung nur vom Generalstab erstellt werden kann, der ihm nicht unterstellt ist. Ich lasse hier die Frage des Artikels 28 beiseite, der besagt, dass „der Minister für Nationale Verteidigung in Ausführung der Politik des Ministerrats zur allgemeinen Verwaltung der Landesverteidigung und zur Gewährleistung der äußeren Sicherheit des Staates die Landesverteidigung verwaltet“.

Die verschiedenen hohen Befugnisse des Präsidenten im Bereich der Verteidigung werden manchmal aus der Verfassungsbestimmung der Oberhoheit des Präsidenten über die Streitkräfte abgeleitet. Die „Oberhoheit“ ist jedoch nicht gleichbedeutend mit „Oberbefehl“. In allen demokratischen Ländern (mit Ausnahme der Länder, in denen, anders als in Polen, ein Präsidialsystem herrscht) ist das Staatsoberhaupt - Präsident oder Monarch - der Vorgesetzte oder sogar der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, aber dies ist ein reiner Ehrentitel. Auch der britische König hat eine solche Funktion, aber er befehligt das Militär nur, wenn er seine Garde überprüft.

Was hat der Begriff „Kriegszeit“ mit dem Kriegsrecht zu tun?

Weitere gefährliche Unklarheiten und Widersprüche betreffen den Begriff „Kriegszeit“, der vor einiger Zeit eingeführt wurde. Das betreffende Gesetz definiert diesen Begriff als „die Zeit von Kriegshandlungen, die auf dem Gebiet der Republik Polen stattfinden“. Es ist jedoch nicht ganz klar, was mit dem Begriff „Zeit von Kriegshandlungen“ gemeint ist. Es ist davon auszugehen, dass damit die Durchführung von Kriegshandlungen auf unserem Hoheitsgebiet gemeint ist. Damit wird eine Unterscheidung zwischen „Kriegszeiten“ und dem Kriegsrecht getroffen, das laut Verfassung „im Falle einer äußeren Bedrohung des Staates, eines bewaffneten Angriffs auf das Gebiet der Republik Polen oder wenn ein internationales Abkommen die Verpflichtung zur gemeinsamen Verteidigung gegen einen Angriff vorsieht“ verhängt wird.

Aufgrund dieser Unterscheidung kann der Präsident zwar erklären, dass eine „Kriegszeit“ bevorsteht, aber nicht das Kriegsrecht verhängen - und umgekehrt: Das Kriegsrecht kann verhängt werden, obwohl keine „Kriegszeit“ herrscht.

Die Unterscheidung an sich kann die richtige Lösung sein, da beispielsweise eine Aggression gegen ein weit entferntes verbündetes Land nicht zwangsläufig zu Kampfhandlungen auf unserem Gebiet führt. Auch führt ein kleinerer Angriff nicht zwangsläufig zur Verhängung des Kriegsrechts. Dennoch gibt es zahlreiche Fragezeichen, wie z. B. das folgende: Der Begriff „Kriegszeit“ taucht in der Verfassung auf („für eine Kriegszeit ernennt der Präsident der Republik Polen auf Antrag des Ministerpräsidenten den Oberbefehlshaber“). Ist damit der kürzlich eingeführte, aber verfassungswidrig vorgesehene „Kriegszeit“ gemeint oder der verfassungsmäßige Kriegszustand? In Artikel 28 über einen Kriegszustand wird nur die Möglichkeit der Ernennung eines Oberbefehlshabers erwähnt. Bedeutet dies, dass im Kriegszustand kein Oberbefehlshaber ernannt werden darf? Welche Rolle spielt dann der Präsident, der nach dem Verteidigungsgesetz erst nach der Ernennung des Oberbefehlshabers das Kommando übernimmt?

Um diese Diskrepanzen zu beseitigen, sind recht radikale Gesetzesänderungen erforderlich. Es ist jedoch klar, dass Andrzej Duda einer Beschneidung der Befugnisse des Präsidenten nicht zustimmen wird, und es wird im Sejm keine ausreichende Mehrheit geben, um sein mögliches Veto zu überstimmen. Änderungen könnten durch das Verfassungsgericht erzwungen werden, aber es ist klar, dass das derzeitige Gericht dies nicht tun wird. Dies bedeutet jedoch nicht, dass das Thema nicht im Auge behalten werden sollte und Änderungen des Gesetzes überhaupt nicht in Angriff genommen werden sollten.

Neben Fragen von verfassungsrechtlicher Bedeutung gibt es in der Tat viele andere unklare Punkte, die eine gründliche Überprüfung erfordern. Zusätzlich zu den oben genannten Punkten sind mindestens drei weitere von großer Bedeutung zu nennen.

- Der erste betrifft die notwendigen Änderungen des Kommando- und Kontrollsystems der Streitkräfte. Es gibt bereits einen entsprechenden Entwurf des Präsidenten im Sejm, so dass die Angelegenheit aufgegriffen werden muss.
- Die zweite ist die Frage nach dem Standort der Territorialen Verteidigungstruppen, die in ihrem Status ungerechtfertigterweise mit den traditionellen Arten von Streitkräften, wie Heer, Luftwaffe oder Marine, gleichgesetzt wurden. Es wäre sinnvoll, sie endlich aus der direkten Unterstellung unter den Minister für nationale Verteidigung herauszunehmen, indem man einfach anerkennt, dass die Territorialverteidigung Teil des Heeres ist und sie somit ihrem Befehlshaber unterstellt sind.
- Drittens muss letztendlich auch das System der Finanzierung unserer nationalen Verteidigung und unserer Streitkräfte geändert werden. Nach Artikel 39 des Gesetzes soll die Finanzierung der Streitkräfte aus dem Staatshaushalt (zu einem bestimmten Prozentsatz), aber auch aus dem außerbudgetären Fonds zur Unterstützung der Streitkräfte erfolgen. Dieser Fonds kann auch mit Mitteln aus dem Haushalt aufgefüllt werden. Die Verwendung dieses Fonds (wie auch anderer ähnlicher Einrichtungen) entzieht sich jedoch vollständig der parlamentarischen Kontrolle, und ein wirksamer und zuverlässiger Kontrollmechanismus sollte gesetzlich verankert werden.

Angesichts des enormen Umfangs des Gesetzes, der Bedeutung der darin geregelten Angelegenheiten und des wahrscheinlichen Ausmaßes der erforderlichen Änderungen müssten die Arbeiten zur Änderung des Gesetzes unverzüglich aufgenommen werden.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75968,30639579,ustawa-o-obronie-ojczyzny-do-zmiany.html>

Michalik greift den Präsidenten scharf an: Duda hat gerade Schlitzohrigkeit und schmutziges Verhalten legalisiert



Quelle: natemat.pl

Ein Kommentar von **Eliza Michalik**

Andrzej Duda hat an den Grundfesten der Rechtsstaatlichkeit gerüttelt. Wir können über seine offensichtliche Dummheit, seine Mimik oder seine Umarmungen mit Wąsik und Kamiński lachen - ich verstehe, dass dies den Menschen erlaubt, ihre Emotionen nach der Begnadigung von Kriminellen zu entspannen. Der Präsident hat ihnen gerade gezeigt, dass das Gesetz nichts bedeutet, dass man sich alles erlauben kann, wenn man einen Kumpel an der Spitze der Macht hat.

Das wiederum birgt eine Reihe von ernststen Risiken in sich.

Wir denken nicht täglich darüber nach, aber das ändert nichts an der Tatsache, dass der Glaube an die Gleichheit vor dem Gesetz das Fundament für das Sicherheitsgefühl der Menschen in ihrem eigenen Land ist.

Solange wir glauben, dass alle Verbrecher, unabhängig von ihrer sozialen Stellung, von der Justiz gleichbehandelt werden, können wir relativ beruhigt sein - das Gefühl haben, dass es unüberwindbare Grenzen gibt. Natürlich sind wir nicht naiv, wir wissen, wie die Welt funktioniert, und wir wissen, dass den Mächtigeren oft mehr zugestanden wird, aber wir wissen auch, dass es rechtsstaatliche Institutionen und Menschen - wie Journalisten und soziale Aktivisten - gibt, die Unregelmäßigkeiten aufspüren und die Gerechtigkeit wiederherstellen werden.

Andrzej Duda hat gezeigt, dass dies nicht stimmt. Dass bestimmte Leute über dem Gesetz stehen, während andere, „normale“ Bürger im Falle eines Verstoßes mit äußerster Härte behandelt werden. Dass

es wichtig ist, und das bereits offiziell ist, staatlich offiziell, wer hinter dir steht und wie groß deine Schlitzohrigkeit ist. Duda hat gerade Schlitzohrigkeit und schmutziges Verhalten legalisiert und Nepotismus, Vetternwirtschaft und Korruption in den Rang von Errungenschaften erhoben.

Denn Korruption ist nicht nur, wie wir es umgangssprachlich zu verstehen gewohnt sind, die Übergabe von Geld für irgendeinen unrechtmäßigen „Gefallen“, sondern Korruption umfasst das gesamte Verhaltensspektrum, zu dem auch der Missbrauch von Macht und öffentlichen Ämtern zur privaten Bereicherung, die Bevorzugung von Freunden und Familienangehörigen durch die Vergabe von Positionen und Geld ungeachtet ihrer mangelnden Qualifikation und die Befreiung von strafrechtlicher Verantwortung gehören, obwohl jemand im Gefängnis sitzen müsste. Korruption liegt auch vor, wenn öffentliche Gelder unrechtmäßig zur Vermehrung des privaten Reichtums verwendet werden.

Wo hat Andrzej Duda zugeschlagen?

Man könnte also sagen, dass Andrzej Duda zu seiner langen Liste von Verfehlungen gerade Korruption hinzugefügt hat, eine unverhohlene, schamlose Korruption, mit der er uns alle ins Gesicht spuckt. Angesichts all dessen scheint der eklatante Machtmissbrauch durch den Präsidenten völlig irrelevant zu sein und ein kleines Problem.

Wer wird nach der Geschichte mit Kamiński und Wąsik noch glauben, dass es sich lohnt, gesetzestreu zu sein und das Gesetz zu befolgen? In Anbetracht der Geschichte dieser beiden Kriminellen wäre das eine Dummheit.

Und noch etwas: Mit seiner Entscheidung hat Duda auch der öffentlichen Sicherheit einen harten Schlag versetzt, denn wenn man bedenkt, wofür Wąsik und Kamiński verurteilt wurden, ist es schwer zu glauben, dass sie sich jetzt wie Vorbilder bürgerlicher Tugenden verhalten werden. Ich setze eher darauf, dass sie weiterhin gegen Recht verstoßen werden - denn sie haben schon mehr als einmal gezeigt, dass ihnen Gesetze egal sind.

Ohne sich herabzulassen, die Gründe für sein schockierendes Verhalten zu erklären, hat Duda auch gezeigt, dass er sich einen Dreck um die Meinung des polnischen Volkes schert. Es ist ihm egal, zumal Umfragen zeigen, dass die meisten von uns wollten, dass die ehemaligen Leiter der Geheimdienste im Gefängnis bleiben.

Ich habe noch eine Frage: Welche Belege und gegen wen haben Wąsik und Kamiński aus ihrer bisherigen Tätigkeit mitgenommen, da ja vieles darauf hindeutet, dass sie auch weitere Straftaten begangen haben könnten. Und - wenn es solche Belege gibt, was soll verhindern, dass sie die auch benutzen?

Ordnung ist der Tod der PiS

Für die PiS ist der Fall Kamiński und Wąsik aus mehreren Gründen wichtig. Erstens versuchen sie, Polen aufzuschaukeln. Sie wollen die öffentliche Meinung in Erregung bringen und einige unvorhergesehene Ereignisse herbeiführen, Chaos, das sie lieben und in dem sie sich bewegen können. Ich habe in einem meiner YouTube-Videos gesagt, dass Abschaum gern im Abschaum fischt - und dieser Satz passt hier sehr gut.

Denn die Rechtsordnung und die Ordnung im Allgemeinen sind der Tod für die PiS. In einem Staat mit transparenten Institutionen, einer gut funktionierenden Polizei und Sonderdiensten, in dem alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, hat die PiS nichts zu suchen. Sie würde sich wie im Nebel verirren. Aus diesem Grund hasst Kaczyński die neue Regierung und bekämpft sie mit allen Mitteln. Denn der Moment, in dem der Rechtsstaat vollständig wiederhergestellt ist, wird der Moment sein, in dem die Zeit der PiS beendet ist - wenn sie nicht vorher verboten wird, wofür ich sehr eintrete.

Zsfg.: AV

<https://natemat.pl/538697,michalik-ostro-andrzej-duda-zalegalizowal-wlasnie-cwaniactwo-i-zulerke>

In der PiS ist der Andrang auf das Europaparlament groß. „Der Drang nach Brüssel ist groß. Viele lernen Fremdsprachen“



Quelle: [onet.pl](https://www.onet.pl)

Von **Andrzej Gajcy**

Ein regelrechter Exodus der PiS-Abgeordneten nach Brüssel bahnt sich an. Zwar sind es bis zu den Europawahlen noch einige Monate, doch im Gegensatz zu den Kommunalwahlen im April wird die Liste der Abwanderungswilligen mit jeder Woche länger. Laut Onet-Quellen stehen darauf auch die Namen von Spitzenpolitikern aus der Partei von Jarosław Kaczyński. Einige der derzeitigen Abgeordneten sollen sich bereits nach Wohnungen in der belgischen Hauptstadt umsehen und in Schnellkursen Fremdsprachen lernen.

- Es wird bereits erwartet, dass die Liste der bereitwilligen PiS-Politiker Dutzende von Namen umfasst. Genannt werden unter anderem Marek Suski, Marek Kuchciński und Jacek Sasin
- Es gibt auch diejenigen, denen der Vorsitzende Kaczyński selbst den Umzug nach Brüssel „verboten“ haben soll.
- Eine der größten Unbekannten ist der mögliche Beginn der Kampagne des Führers von *Suwerenna Polska* Zbigniew Ziobro

„Der Drang nach Brüssel“ – wie es in der PiS-Zentrale in Nowogrodzka heißt – haben viele in der PiS. Obwohl die Wahlen zum Europäischen Parlament erst am 9. Juni stattfinden und die Kommunalwahlen im April vorausgehen, haben Dutzende von Spitzenpolitikern der größten Oppositionspartei ihre Absicht bekundet, als Kandidaten anzutreten.

Schlange der Bewerber für Brüssel. „Sie alle denken, dass sie geeignet sind und dass sie die Besten sind“.

Den Quellen von Onet zufolge ist dieser Trend das genaue Gegenteil von dem, was in der PiS passiert, wenn es um die Aufstellung von Listen für die Kommunalwahlen geht. Unsere Gesprächspartner geben zu, dass man kaum starke Kandidaten finden konnte, um sie zu überreden, für eine der großen Städte zu kämpfen. Fast alle lehnten dies ab, meist mit der Begründung, dass es in den Kommunalparlamenten an der Zeit sei, den Staffeln an die jüngere Generation der Parteiaktivisten, die so genannte Gruppe der 40-Jährigen, zu übergeben.

Die Möglichkeit, die Parlamentsbänke im Sejm gegen die viel lukrativeren in Brüssel und Straßburg einzutauschen, wird jedoch von vielen in der größten Oppositionspartei gesehen.

Es vergeht keine Woche, in der nicht jemand zum Vorsitzenden kommt, um ihn in dieser Angelegenheit um Unterstützung zu bitten, hören wir in der PiS-Zentrale.

Sie alle haben ein ausgeprägtes Gespür dafür, dass sie in das Europäische Parlament wollen, weil sie sich für die Besten halten.

„Herr Redakteur, alle Informationen, die bisher in den Medien erschienen sind, sind reine Spekulation. Zu den Europawahlen ist noch keine persönliche Entscheidung getroffen worden. Wir haben eine Strategie für die Europawahlen, aber zuerst müssen wir uns um die Kommunalwahlen kümmern. Darauf konzentrieren wir uns jetzt“, räumt einer der engsten Vertrauten des Parteivorsitzenden in einem Interview mit Onet ein.

„Sie scharren mit den Füßen, lernen Fremdsprachen und suchen eine Wohnung in Brüssel“.

Wie alle unsere Gesprächspartner hinzufügen, werden die endgültigen Entscheidungen darüber, wer auf den EP-Listen stehen wird, von der Parteispitze und dem Vorsitzenden Jarosław Kaczyński selbst erst nach den Kommunalwahlen getroffen, die für den 7. und 21. April angesetzt sind. Nichtsdestotrotz bereiten sich viele der derzeitigen Abgeordneten auf den Europawahlkampf vor, indem sie „mit den Füßen scharren“. Sie nehmen an beschleunigten Sprachkursen teil und suchen nach einer Unterkunft in Brüssel. Obwohl die Wahl noch mehr als fünf Monate entfernt ist, dürfte die Liste der Kandidaten bereits sehr lang sein. Inoffiziell heißt es, dass die Namen führender Abgeordneter der PiS und der *Suwerenna Polska* darauf stehen, ebenso wie fast alle derzeitigen Europaabgeordneten von Kaczyńskis Partei.

[...]

Nicht jeder wird die Chance bekommen, zu starten. „Verbot“ von Kaczynski

In der PiS soll es auch diejenigen geben, denen Präsident Kaczyński selbst die Reise nach Brüssel verboten hat. Darunter sollen jene Politiker sein, die nach Meinung der Parteiführung heute im Land am meisten gebraucht werden und sowohl organisatorisch als auch medial am fähigsten sind.

Inoffiziell hört man in der Nowogrodzka, dass u. a. Mateusz Morawiecki und Przemysław Czarnek definitiv im Land bleiben werden.

Was ist mit Ziobro und Suwerenna Polska?

Eine der größten Unbekannten ist der eventuelle Start des Führers der *Suwerenna Polska*, Zbigniew Ziobro, der - nach inoffiziellen Informationen - mit einer Krebserkrankung kämpft, und es ist unklar, wann er in die politische Tätigkeit zurückkehren kann.

Er hat noch keine Entscheidung zu den Europawahlen getroffen. Er kämpft jetzt um seine Gesundheit, hören wir inoffiziell von einem engen Vertrauten des ehemaligen Justizministers.

[...]

Zsfg.: JP

Anne Applebaum: Im Westen beunruhigt eine mögliche russische Aggression wohl kaum jemanden



Quelle: [wyborcza.pl](https://www.wyborcza.pl)

Von **Anne Applebaum**

Anne Applebaum: *Drohnenangriffe auf russische Treibstoffdepots sind ermutigend. Aber die Ukrainer haben mit der Rationierung von Munition begonnen*

Ich schreibe diese Zeilen aus Warschau, 270 km von der polnischen Grenze zur Ukraine entfernt. Die Frontlinie, an der die Ukrainer kämpfen und sterben, ist weitere 720 km entfernt. Mit anderen Worten, gar nicht so weit weg - ein Dutzend Stunden mit dem Auto. Ich befinde mich in Reichweite der russischen Raketen, die in den letzten zwei Jahren wiederholt Kiew, Odessa und Lemberg getroffen haben.

Dutzende Millionen anderer Menschen - Polen, Deutsche, Rumänen, Finnen, Esten, Schweden, Slowaken, Litauer, Tschechen, Letten, Norweger - befinden sich ebenfalls in Reichweite russischer konventioneller Raketen, ob sie nun von Weißrussland oder von den von Russland kontrollierten Teilen der Ukraine oder von Russland selbst abgefeuert werden. Und jeder in Europa kann mit russischen Atomwaffen angegriffen werden, wie uns russische Propagandisten so oft in Erinnerung rufen. Der ehemalige Präsident Dmitri Medwedew hat in den letzten Monaten Polen mit dem Verlust der Staatlichkeit gedroht, Schweden und Finnland mit Atom- und Hyperschallraketen bedroht und erklärt, dass die baltischen Staaten ohnehin zu Russland gehören.

Heute beunruhigt eine mögliche russische Aggression wohl niemanden, und es ändert sich nichts. Niemand spricht darüber. Das Leben geht ganz normal weiter. In Finnland und Rumänien laufen die

Vorbereitungen für die Präsidentschaftswahlen. In Deutschland streiken die Bauern. In Litauen findet ein internationales Festival des Lichts statt.

All dies wird sich ändern, sobald die Ukrainer zu verlieren beginnen. In den letzten Monaten haben westliche Beobachter mit dem Wort „Stillstand“ um sich geworfen, als ob die russische Invasion in der Ukraine in eine stumpfe, dauerhafte Lähmung verfallen wäre. In Wirklichkeit ist die Situation auf dem Schlachtfeld jedoch dynamisch. Die Frontlinie verändert sich ständig, und diese Veränderungen, sowohl materiell als auch psychologisch, geben Russland allmählich die Oberhand. Die Ukrainer sind genauso mutig und innovativ wie vor einem Jahr. Unter anderem haben ihre Drohnen kürzlich ein russisches Gaslager in der Nähe von St. Petersburg, hunderte von Kilometern von der Ukraine entfernt, angegriffen. Obwohl sie keine eigene Marine haben, haben sie einen Großteil der russischen Schwarzmeerflotte von ihren Küsten vertrieben. Doch am Boden, im Süden und Osten ihres Landes, rationieren sie ihre Munition. Sie hatten nie genug Raketen und Flugkörper und laufen nun Gefahr, nicht genug zu haben, um überhaupt weiter kämpfen zu können.

Hätte sich ihre Frontlinie dramatisch zurückgezogen, hätte die schiere, grausame Gewalt der Besetzung Schockwellen durch das übrige Europa geschickt. Die russische Annexion weiterer Gebiete würde das bedeuten, was sie in den letzten zwei Jahren bedeutet hat: Folterkammern, willkürliche Verhaftungen und tausende entführter Kinder. Aber eine noch tiefere, breitere Schockwelle würde durch die wachsende Erkenntnis ausgelöst, dass die Vereinigten Staaten nicht nur ein unzuverlässiger Verbündeter, sondern auch unseriös und unvernünftig sind. Im Gegensatz zur Europäischen Union, die insgesamt mehr Geld für die Ukraine ausgibt als die Amerikaner. Obwohl sie noch nicht in der Lage ist, so viele Waffen zu produzieren, verfügen die Vereinigten Staaten noch über Munition und Waffen. Washington ist nur einen Schritt davon entfernt, sie abzulehnen, aber nicht, weil das Weiße Haus seine Meinung geändert hat.

Das drohende Ende der US-Hilfe für die Ukraine ist keine politische Entscheidung

Zwei Jahre lang führte die Regierung Biden erfolgreich eine internationale Koalition an, um der Ukraine weniger Truppen als vielmehr militärische Unterstützung zukommen zu lassen. Beamte hielten regelmäßige Treffen ab, berieten sich mit Verbündeten und warben um militärische Unterstützung aus der ganzen Welt. Die Mehrheit in den USA unterstützt die Ukraine weiterhin. Das gilt auch für die Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses. Es heißt, der Senat habe einen Gesetzentwurf fast fertig. Doch nun bereitet sich eine Minderheit republikanischer Kongressabgeordneter, aus für Außenstehende unverständlichen Gründen, in einem Anfall politischer Wut darauf vor, sich aus dem Abkommen zurückzuziehen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sie damit Erfolg haben werden.

Eine Reihe verschiedener Fehlentscheidungen hat zu diesem Moment geführt. Die erste war die Entscheidung des ehemaligen Sprechers des Repräsentantenhauses Kevin McCarthy, die Ukraine aus einem wichtigen Haushaltsentwurf im Sommer auszuschließen. Die zweite war die seltsame Idee, die Hilfe für die Ukraine an umstrittene Änderungen des US-Einwanderungsrechts und der Grenzpolitik zu knüpfen. Die Stimmen der Wähler in Iowa und New Hampshire brachten Trump auf einen scheinbar unaufhaltsamen Weg zur republikanischen Präsidentschaftsnominierung. Seine Anrufe bei republikanischen Senatoren, in denen er sie aufforderte, das Gesetz über die Ukraine/Grenzen zu streichen, wurden plötzlich wichtig. Seine Motive sind offensichtlich egoistisch: Er will, dass die Grenze zwischen den USA und Mexiko in Unordnung bleibt, damit er das Thema für seine Kampagne nutzen kann. Er will nicht, dass Biden von einer möglichen Lösung oder einem Fortschritt profitiert. Und es ist ihm egal, wenn der Ukraine dadurch die Munition ausgeht.

Für die Außenwelt ergibt die Logik hinter all diesen Entscheidungen keinen Sinn. Sie können nur sehen, dass das amerikanische politische System von einer radikalen, pro-russischen Fraktion unter der Führung von Trump – einem in Ungnade gefallenem ehemaligen Präsidenten, der Gewalt und Lügen einsetzte, um im Amt zu bleiben – übernommen und dysfunktional gemacht wurde.

Wenn die Amerikaner die Ukraine in einem Anfall politischer Inkompetenz im Stich zu lassen, werden sie den Tod von noch mehr Ukrainern und die weitere Zerstörung des Landes in Kauf nehmen. Wir werden Millionen von Europäern davon überzeugen, dass man uns nicht trauen kann. Wir werden auch eine Botschaft an Russland und China senden und sie in ihrer oft geäußerten Überzeugung bestärken, dass die

Vereinigten Staaten eine degenerierte, sterbende Macht sind. Vor weniger als einem Jahr, als Biden seine Überraschungsreise nach Kiew antrat, präsentierten sich die Vereinigten Staaten selbstbewusst und geschlossen als Anführer eines funktionierenden Bündnisses. Plötzlich ist es genau andersherum.

Gewählte Abgeordnete haben nicht oft die Gelegenheit, der Welt ihren Stempel aufzudrücken. Doch gerade jetzt können die Maßnahmen einiger weniger Republikaner im Kongress dazu beitragen, dass eine Reihe schlechter Entscheidungen nicht zu noch schlechteren werden. Dies ist ihre Chance, Amerika wieder seriös zu machen. Haben sie den Mut, sie zu ergreifen?

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/magazyn/7,124059,30642737,anne-applebaum-na-zachodzie-ewentualna-rosyjska-agresja-raczej.html>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: [facebook.com](https://www.facebook.com)

„Ein Elektriker nach der Berufsschule kümmerte sich besser um das Gesetz und die Verfassung als ein Doktor der Rechtswissenschaften. Eine Schande und eine Lachnummer für die ganze Welt.“

Boleslaw Poprawski

Quelle: <https://www.facebook.com/photo/?fbid=784567790378445&set=a.466859312149296>

t-online.de

Chef des polnischen Ölkonzerns Orlen verliert sein Amt

<https://www.t-online.de/finanzen/boerse/ticker/chef-des-polnischen-oelkonzerns-orken-verliert-sein-amt/0DB082001A037F29/>

euroactiv.de

Polnische Opposition will Macht durch vorgezogene Neuwahlen zurückgewinnen

<https://www.euractiv.de/section/europa-kompakt/news/polnische-opposition-will-macht-durch-vorgezogene-neuwahlen-zurueckgewinnen/>

euronews.com

Kampf um Rechtsstaatlichkeit in Polen

<https://de.euronews.com/2024/01/30/rechtsstaatlichkeit-justiz-polen>

zeit.de

Deutschland und Polen wollen wieder enger zusammenarbeiten

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-01/polen-aussenminister-radek-sikorski-annalena-baerbock>

faz.de

Eine Grenze überschritten

<https://taz.de/Film-ueber-polnisch-belarussische-Grenze!/5985766/>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik